

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Festigung unserer Aussenpolitik in Europa

Die Bedeutung der Mitarbeit im Europarat für unser Land – Vorsitz im Ministerkomitee bringt Publizität

Der Name Liechtenstein erscheint derzeit in Europa, zumindest in den Mitgliedstaaten des Europarates, häufiger und positiver als man sich dies auch schon gewöhnt war. Der Grund dafür liegt in der derzeitigen Präsidentschaft für das Ministerkomitee, die eine gewisse Publizität mit sich bringt, die im Normalfall – als einer unter vielen Mitgliedsstaaten des Europarates – nicht in diesem Ausmass vorhanden ist.

Mit der Teilnahme an der Konferenz über Parlamentarische Demokratie, die gestern in Strassburg zu Ende ging, wurde der Auftakt gegeben. Mit der Präsenz an der ordentlichen Session der Parlamentarischen Versammlung, die heute am Sitz des Europarates beginnt, findet diese Liechtenstein-Woche in Strassburg ihre Fortsetzung. Aus liechtensteinischer Sicht ist dabei vor allem von Bedeutung, dass während der Fragestunde der Parlamentarischen Versammlung Regierungschef Hans Brunhart den Vorsitz führt und aus der Sicht des Ministerkomitees die Antworten auf die Fragen der Parlamentarier gibt.

Höhepunkt seit der KSZE

Am Pressegespräch vom Dienstag hat denn auch Regierungschef Hans Brunhart unterstrichen, dass seit der KSZE-Konferenz von Helsinki aus aussenpolitischer Sicht kein Ergebnis mehr Publizität für unser Land ergab als der Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates. Damals führte der liechtensteinische Regierungschef Dr. Walter Kieber den Vorsitz dieser Konferenz, und zwar zu einem Zeitpunkt, als noch bedeutend mehr Hoffnungen auf dieser Konferenz als heute ruhten.

Beides jedoch, die Teilnahme am KSZE-Prozess und die Mitarbeit im Europarat, hat nach Auffassung von Regierungschef Brunhart die liechtensteinische Integration in Europa gefestigt. Die Aussenpolitik unseres Landes muss nach seinen Ausführungen durch ein bescheidenes, den Verhältnissen unseres Landes angepasstes Auftreten gekennzeichnet sein, gleichzeitig aber auch durch Leistungen, die im Rahmen des Europarates mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erbracht werden.

Viel Goodwill im Europarat

Die halbjährige Präsidentschaft unseres Landes im Ministerkomitee des Europarates hat nach den Worten des Regierungschefs gezeigt, dass unserem Land in Europa viel Goodwill entgegengebracht wird. In dieser Zeit konnten die Kontakte unserer Vertreter mit den Delegierten anderer Staaten erheblich intensiviert werden. Ein besonderer Verdienst kommt nach den Angaben von Regierungschef Brunhart dem Ständigen Vertreter unseres Landes beim Europarat,

Prinz Nikolaus, zugute, der in diesen Monaten der liechtensteinischen Präsidentschaft eine immense Arbeit geleistet und mit viel diplomatischem Geschick unser Land vertreten habe.

Liechtenstein-Darstellung in Strassburg

Die Bestrebungen zur besseren Darstellung unseres Landes in Europa und in der Welt, die von den früheren Regierungschefs Dr. Gerard Batliner und Dr. Walter Kieber begonnen wurden, finden nun ihre Fortsetzung in Strassburg. Wie Regierungschef Brunhart erklärte, wird auf Liechtenstein weniger in den offiziellen Europaratsgremien, sondern vor allem in Rahmenveranstaltungen hingewiesen. Aus diesem Grunde gab die Liechtensteinische Delegation am vergangenen Montag ein offizielles Essen für die Vertreter der an der Demokratie-Konferenz beteiligten Staaten und veranstaltete auch in Foyer des Europaratsgebäudes in Strassburg eine Foto-Ausstellung, die vor allem das politische System unseres Landes zeigt. (G.M.)

Wird autofreier Bettag beibehalten?

Über die Fortführung der autofreien Sonntage auf freiwilliger Basis am liechtensteinischen Bettag hat die Regierung noch nicht entschieden. Dies erklärte Regierungsrat Wilfried Büchel am Pressegespräch, fügte jedoch bei, dass er sich persönlich eine Fortsetzung dieser autofreien Aktion vorstellen könne.

Die Zählungen am autofreien Bettag haben nach seinen Worten die gefühlte Bewertung, dass deutlich weniger Autos als sonst verkehrten, etwas korrigiert. Dennoch kann nach den Worten von Regierungsrat Büchel von einem Erfolg gesprochen werden, denn freiwillig liessen doch sehr viele Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner ihr privates Motorfahrzeug an diesem Tag zu Hause.

Als Problem für den autofreien Sonntag bleibt nach seinen Angaben der regionale und internationale Durchgangsverkehr. Für weitere autofreie Aktionen, so Regierungsrat Wilfried Büchel, müsse man sich Massnahmen überlegen, wie dieser Verkehrsstrom ferngehalten oder von unseren Strassen abgelenkt werden könnte.

KOMMENTAR

Bevor der Landtag das neue Gesetz über die Abfallbewirtschaftung beschlossen und die Regierung das Deponiekonzept in Kraft gesetzt hat, wollen in Ruggell und Schellenberg einige bereits ein vorsorgliches Zeichen setzen. Mit einer Initiative, die eine Volksabstimmung nach sich zieht, soll erreicht werden, dass im Gemeindegebiet Ruggell nur der Abfall und die Folgeprodukte der Abfallbeseitigung aus der Initiativ-Gemeinde selbst sowie

Nach uns die Sintflut

aus Schellenberg deponiert werden darf. Für Umweltfragen sensibilisierte und über die Lagerung gefährlicher Substanzen besorgte Bürgerinnen und Bürger wollten mit ihrer Initiative einen Riegel schieben, bevor es zu spät ist, bevor die Deponie Limseneck tatsächlich realisiert wird.

Nach dieser Initiative dürfte künftig in Ruggell nur der Müll der Ruggeller und der Schellenberger zur Deponierung gelangen, in Schellenberg jedoch wäre die Ablagerung weiterhin für andere Gemeinden frei, oder nicht? Allein aus der Umkehrung lässt sich erkennen, dass mehr die Sorge um die nähere Umgebung als das rationale und regionale Denken das Handeln bestimmte.

Auf diese Art freilich kann die Abfall- und Deponiefrage nicht gelöst werden. Hier braucht es Denken und Handeln in Zusammenhängen, die Kategorie des Dorfes muss hier zugunsten des Gemeinwohls des ganzen Landes zurücktreten. Was man gemeinsam produziert, muss auch gemeinsam wieder beseitigt werden. Sonderzuglein sind gefährlich, das hätten die Initianten bedenken sollen. (G.M.)

Die Gemeinden sind Verpflichtungen eingegangen

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille über Abfallbeseitigung und Deponierung

Die Abfallbeseitigung und vor allem die Deponierung der nicht mehr verwertbaren Rückstände aus der Verbrennung sowie des Filterstaubs aus der von den liechtensteinischen Gemeinden geforderten Rauchgaswaschanlage in der Kehrichtverwertung Buchs bringt für unser Land Probleme. Nun hat sich in der Gemeinde Ruggell ein Initiativbegehren – wie bereits gestern berichtet – ergeben, das die Forderung enthält, auf dem eigenen Gemeindegebiet nur noch Abfälle und Folgeprodukte zu lagern, die auch aus Ruggell sowie Schellenberg stammen. Am Pressegespräch nahm Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille zu dieser Angelegenheit Stellung.

Die Frage der Abfallbeseitigung und Deponierung der nicht verwertbaren Rückstände ist nach den Worten des zuständigen Ressortinhabers für Umweltschutz komplexer als die Initiative in der Gemeinde Ruggell vermuten lassen. Die liechtensteinischen Gemeinden sind nach seiner Darstellung gegenüber dem Verein für Abfallbeseitigung (ViA), dem sie selbst als Mitglieder angehören, eine Verpflichtung zur Abnahme von Rückständen eingegangen. Mit der Forderung nach dem Einbau einer Rauchgasreinigungsanlage in der Verbrennungsanlage Buchs haben die elf liechtensteinischen Gemeinden die Zusage abgegeben, nicht nur die aus der Verbrennung anfallende Schlacke, sondern auch den Filterstaub aus der Rauchgasreinigung für einen Zeitraum von fünf Jahren zu übernehmen. Der Verein für Abfallverwertung (ViA) übt zwar in dieser Richtung keinen Druck auf unser Land aus, sondern bot selbst Hand zu einer Lösung, zumindest mit einer Zwischenlagerung auf mittelfristige Zeit. Aber von den

schweizerischen Mitgliedern des ViA wurde mehrfach unmissverständlich erklärt, dass den Forderungen von liechtensteinischer Seite hinsichtlich der Rauchgasreinigung und Verbandsweiterung entsprechende eigene Taten in bezug auf die Deponierung folgen sollten.

Die Regierung sucht bereits seit einiger Zeit nach geeigneten Deponieplätzen in unserem Land, wobei von einer dafür eingesetzten Kommission der Standort Limseneck in Ruggell als geeignet befunden wurde. Gleichzeitig befasst sich die Regierung mit der Erstellung eines Deponiekonzeptes und der Ausarbeitung eines Abfallgesetzes, das sich bereits in der Vernehmlassung befindet. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille unterstrich am Pressegespräch, dass die Gemeinden für die Beseitigung der Sonderabfälle nicht in der Lage seien, das Notwendige vorzuziehen.

Der von ihm ausgearbeitete Entwurf für ein neues Abfallgesetz geht denn auch von der Annahme aus, dass die Abfallbeseitigung und die Deponie-

rung letztlich eine übergeordnete Staatsaufgabe sei. Folgt der Landtag dieser Argumentation und verabschiedet er den Gesetzesentwurf in der vorliegenden Fassung, so kann auch eine Änderung des Reglementes für die Abfallbeseitigung, wie sie von der Initiative in Ruggell gefordert wird, die Einrichtung einer Deponie nicht verhindern. Das Abfallgesetz würde dem Staat die notwendige Handhabe geben, um Deponien im übergeordneten Sinne zu verwirklichen.

Nach den Ausführungen von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille ist die Frage der Abfallbeseitigung und Abfallentsorgung ein heikles Kapitel, dem sich ein Staat jedoch zu stellen habe. Die Produktion von Abfall verlangt nach einer umweltgerechten Entsorgung. Dabei könne nicht allein, wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille schon verschiedentlich verdeutlichte, auf den Export der Rückstände und Sonderabfälle abgestellt werden. (G.M.)

Reduktion der Arbeitszeit?

Wird auch der Staat eine Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit vornehmen, nachdem die Industrie die Wochenarbeitszeit voraussichtlich ab 1. Januar 1988 auf 40 Stunden festlegt?

Diese Frage erhob sich beim Pressegespräch vom Dienstag. Regierungschef Hans Brunhart erklärte dazu, dass im Moment noch kein konkreter Antrag dazu vorliege. Der Staat hat nach seinen Worten vor nicht allzu langer Zeit auf 42 Arbeitsstunden pro Woche reduziert. Dabei wird es wohl noch einige Zeit bleiben.

Doch wenn der Trend zu Arbeitszeitverkürzungen weiter anhält, meinte Regierungschef Hans Brunhart, dann werde der Staat auch mitziehen.

Dem Staat sei in den vergangenen Jahren oft der Vorwurf gemacht worden, er spiele in verschiedenen Belangen eine Vorreiterrolle, an der sich die private Wirtschaft zu orientieren habe.

Nun komme dem Staat, erklärte Brunhart weiter, im Bereich der Arbeitszeitverkürzungen diese Rolle nicht zu, was auch einmal unterstrichen werden sollte. Diesmal spiele die private Wirtschaft diese Vorreiterrolle.

Wir machen seit 1975 Forderungen zu Bargeld



ANSTALT FÜR INKASSODIENSTE

Vaduz, Heiligkreuz 44, Tel. 2 99 44

Über 22.000 Inkasso-Aufträge erfolgreich abgeschlossen

Balans®
REZEPTFREI



FL-9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
Tel. 075-2 44 22

WOHNEN

Vaduz klagt die Regierung an

Baugesuch abgelehnt – Anzeige beim Landgericht

Die Gemeinde Vaduz und das Land Liechtenstein liegen sich offenbar wegen einer baulichen Veränderung beim Postgebäude Vaduz in den Haaren. Wie aus dem Gemeinderatsprotokoll hervorgeht, hat die Gemeinde Vaduz die nachträgliche Behandlung eines Baugesuches abgelehnt und mehrheitlich beschlossen, gegen das Land Liechtenstein beim Landgericht Anzeige zu erstatten.

Bürgerinnen und Bürger werden sich beim Lesen des Gemeinderatsprotokolls wohl die Augen gerieben haben. Tatsächlich hat der Gemeinderat von Vaduz, wenn auch nur mehrheitlich, eine Klage gegen den Staat (und damit gegen die Regierung bzw. gegen das Bauamt) zugestimmt. Im Rathaus Vaduz weht offensichtlich seit den letzten Wahlen ein neuer Wind.

Anlass zu dieser Klage ist die Absicht, beim Post- und Verwaltungsgebäude Vaduz im Erdgeschoss zwei Büroräume neu zu erstellen. Im weiteren ist die Erstel-

lung von neuen Postfächern beim Haupteingang geplant.

Nun hat der Gemeinderat Vaduz festgestellt, dass eine Fassadenänderung bereits stattgefunden hat. Gemäss den Bestimmungen des Baugesetzes darf jedoch vor Erteilung der Baubewilligung mit dem Bau nicht begonnen werden. Der Gemeinderat von Vaduz hat die Befolgung dieser Vorschrift in einem Grundsatzenscheid vom 10. März 1987 bekräftigt.

Regierungschef Hans Brunhart, als zuständiger Ressortinhaber für das Bauwesen, erklärte am Pressegespräch dazu, es liege tatsächlich ein Versäumnis vor. Das Bauamt habe sich entschuldigt, er selbst habe schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass das Bauamt die Bestimmungen des Baugesetzes peinlichst genau zu befolgen habe. Doch ganz überzeugt schien der oberste Bauherr doch nicht, ob wirklich für diese geringe Änderung eine Baubewilligung notwendig sei. (G.M.)

Ab heute neue Abgasvorschriften

Nur noch Import von Autos, die US-Abgasnorm 83 erfüllen

Ab heute gelten für die Motorfahrzeuge, die in die Schweiz und nach Liechtenstein importiert werden, neue und schärfere Abgasvorschriften. Auf dieses Datum sind in unserem Land vier neue Verordnungen in Kraft getreten. Unser Land verfügt damit – zusammen mit der Schweiz – über die schärfsten Abgasbestimmungen in Europa.

Heute sind, wie Regierungsrat Wilfried Büchel am Pressegespräch erklärte, die vier Verordnungen über die Abgasemissionen leichte Motorwagen, schwere Motorwagen, Motorräder und Motorfahräder in Kraft getreten. Mit diesen neuen Abgasvorschriften, die nach dem heutigen Stand der Technik praktisch nur mit geregeltm Dreiweg-Katalysator erreichbar sind, werden einige beliebte Autotypen als Importwagen von den Listen verschwinden.

Die umfangreiche Verordnung über die Abgasemissionen bei leichten Motorfahrzeugen enthält nicht nur die Bestimmungen über die Emissionsgrenzwerte

für Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoffe, Stickoxide und Partikel, sondern auch allgemeine Vorschriften über die Haltbarkeit der Bauteile, welche die geringen Schadstoffausstösse ermöglichen, über die Beschaffenheit der Prüffahrzeuge sowie über die Durchführung der Emissionsprüfungen, die in einer fünfteiligen Ausführung durchgeführt werden: Stadt-Zyklustest, Überland-Fahrzyklustest, Verdampfungstest, Leerlaufstest und Kurbelhäusetest.

Aus diesen rein technischen Vorschriften erwachsen für die Hersteller und Importeure von Motorfahrzeugen die Verpflichtung, die Schadstoffemissionen nochmals stark zu reduzieren, nachdem in den letzten Jahren mehrfach Reduktionen vorgenommen wurden.

In unserem Land sind in den letzten Monaten etwa vier Fünftel der neu in Verkehr gesetzten Personenwagen bereits mit einem geregelten Katalysator, der das Erreichen der US-Abgasnorm 83 ermöglicht, ausgerüstet gewesen.